

Rede zur Unterrichtung durch die Landesregierung zu den Ergebnissen des Flüchtlingsgipfels vom 30.09.2015

Als nächster Redner spricht für die CDU-Fraktion Herr Kollege Kuper, und zwar für etwa fünf Minuten. Ich sage die Zeit jetzt immer mit an. Dadurch, dass die Landesregierung überzogen hat, ist es ein bisschen unübersichtlich geworden. – Herr Kollege, bitte.

André Kuper (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt in diesem Land eine große Diskussion darüber, ob wir die Aufnahme der Flüchtlinge schaffen können oder nicht. Ich denke, diese Republik hat in den vergangenen Jahrzehnten schon mehrfach bewiesen, dass wir es grundsätzlich schaffen können. Erinnern wir uns zurück an die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als etwa 12 bis 14 Millionen Vertriebene zu uns gekommen sind, erinnern wir uns zurück an die Jahre der Zuwanderung der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter, oder erinnern wir uns zurück an die Jahre um 1990 bis 1992, als Millionen Aussiedler auch mit fremder Sprache zu uns gekommen sind. All das haben wir geschafft, weil wir gut organisiert waren, weil wir vorbereitet waren und weil wir es gemeinsam schaffen wollten. Daher ist es im Sinne der Worte unserer Kanzlerin sicherlich auch möglich, bei einer Bevölkerung von 81 Millionen, die wir sind, 1 Million Flüchtlinge in diesem Land aufzunehmen, wenn es denn gut gemacht und gut organisiert wird. Dafür sind wir alle gemeinsam verantwortlich.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, in der Debatte ist eine Reihe von Legendenbildungen betrieben worden, auf die ich jetzt aber nicht eingehen möchte. Ein paar Aspekte würde ich dennoch gern beleuchten. Es ist zum Beispiel der Aspekt der Beschleunigung des Asylverfahrens angesprochen worden. Das ist ganz sicher notwendig und unter allen Fraktionen hier im Raum wohl unumstritten. Wenn wir uns dabei allein auf das BAMF konzentrieren, ist das allerdings zu kurz gesprungen. Der neue Leiter des BAMF, Herr Weise, hat vor wenigen Minuten – das ist per dpa verbreitet worden – erklärt, dass gerade die Erfassung hier in NRW beziehungsweise die Erfassung im Bund insgesamt noch eine Vielzahl an Defiziten hat.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Immer sauber zitieren, Herr Kollege! – Nadja Lüders [SPD]: Das BAMF ist Teil der Erfassung!)

Daher müssen wir an dieser Stelle sehen: Es braucht die Verbesserung aufseiten des BAMF. Ja, darüber herrscht Einigkeit. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, dass viele Menschen Wochen und teilweise sogar Monate warten, bis sie im Land NRW komplett registriert sind. Das heißt, dass auch dieser Aspekt weiter verbessert werden muss.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Der Minister hat bereits darüber informiert, dass derzeit 400 weitere Kräfte in der Erfassung eingesetzt werden. Aber zur Wahrheit gehört auch: Wir brauchen beides, sowohl das BAMF als auch eine Verbesserung des Systems hier in NRW.

(Beifall von der CDU)

Ich möchte noch auf einen weiteren Aspekt zu sprechen kommen, damit wir nicht die Gefahr von Schaufensterreden kommen.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Ich habe vor Kurzem folgende Kleine Anfrage gestellt: Wie ist es mit der Umsetzung der Bund-Länder-Vereinbarung hinsichtlich der Einrichtung für Asylbewerber ohne Bleibeperspektive? In diesem Zusammenhang hat die Landesregierung geantwortet, dass wir vor dem Hintergrund der aktuellen Zuwanderungszahlen für die Menschen ohne Bleibeperspektive rund 16.200 Unterbringungsplätze in NRW bräuchten. Gleichzeitig hat die Landesregierung in den Medien gesagt, dass sie nur 1.200 Plätze bereitstellt. Das heißt, dass zwischen dem, was erklärt wird, und der Praxis offenbar noch ein Unterschied besteht.

(Nadja Lüders [SPD]: Nein, nein!)

Man muss also zumindest hinterfragen: Ist das, was Sie gegenüber dem Bund versprochen haben, nur ein Versprechen? Oder wollen Sie es auch in die Realität umsetzen?

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich komme noch einmal auf das Thema „FlüAG“ zu sprechen. Vorhin ist die Finanzierung der Kommunen in Bayern angesprochen worden. In Bayern werden die Flüchtlingsaufnahmekosten bereits heute – wie schon in der Vergangenheit – zu 100 % erstattet. Davon sind wir in NRW weit entfernt. Daher ist es gut und richtig, dass Sie unserer langjährigen Forderung nachkommen und die Stichtagsregelung aktualisieren. Das sind immerhin 700 Millionen €, die den Kommunen im nächsten Jahr massiv helfen und damit die Unterdeckung abbauen. Unsere Kommunen stehen nämlich derzeit sowohl bei der Organisation als auch bei der Finanzierung der Flüchtlingskosten mit dem Rücken an der Wand. Viele Stärkungspaktkommunen wissen in diesen Tagen nicht, wie sie den entsprechenden Haushaltsausgleich darstellen sollen. Deshalb ist es wichtig – daher haben wir heute auch noch einen ergänzenden Antrag gestellt –, nicht nur pauschal über die Vokabeln „weitgehende Kostenerstattung“ oder „auskömmliche Kostenerstattung“ zu reden, sondern dass das Land gegenüber den Kommunen die Garantie gibt – wie in Bayern, in Mecklenburg-Vorpommern oder im Saarland –, entstehende Kosten zu 100 % zu tragen. – Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und höre auf.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Kuper.